

Work-Autor Daniel Ganzfried über die SVP- Durchsetzungsinitiative

Es droht die Lynchjustiz per Volksentscheid

Am 28. Februar stimmt die Schweiz über die SVP-Durchsetzungsinitiative ab. Die Initianten legen damit die Axt an die Grundlagen des Rechtsstaates und des gesellschaftlichen Zusammenhaltes in der Schweiz.

Unabhängigkeit der Justiz, gleiches Recht für alle, Verhältnismässigkeit in der Bestrafung, Rechtssicherheit, all das wollen sie einreissen: „Das Gericht oder die Staatsanwaltschaft verweist Ausländerinnen und Ausländer, die wegen einer der folgenden strafbaren Handlungen verurteilt werden, unabhängig von der Höhe der Strafe (...) der Schweiz“, lautet der Kernartikel. Es folgt eine lange Liste von Tatbeständen bis hin zu Bagatelldelikten, bei denen Ausländerinnen und Ausländer „unabhängig von ihrem ausländerrechtlichen Status das Aufenthaltsrecht (...) in der Schweiz“ verlören. Ohne dass den Gerichten ein Ermessen zukäme, müssten diese das Urteil doch zwingend, ohne Prüfung von Verhältnismässigkeit und Härtefällen, aussprechen.

Die in der Schweiz verbleibenden Ehefrauen, Partner oder Kinder können derweil schauen, wo sie bleiben. Auf dem Sozialamt vielleicht?

Umstürzlerisch

Eine Art Lynchjustiz per Volksentscheid droht, postuliert die Initiative doch klar und deutlich, dass der seitenlange neue Verfassungsartikel direkt anwendbar ist. Damit schaltet sie das Parlament als Organ der Gesetzgebung aus, zwingt die Behörden zum Bruch von staatsvertraglichen Verpflichtungen und verbreitet allgemeine Rechtsunsicherheit.

Nicht zuletzt auch für Firmen mit ausländischen Angestellten, die sich vor der Unwägbarkeit sähen, dass sie schon wegen kleinster Vergehen wie etwa ungerechtfertigt bezogenen Prämienverbilligungen bei der Krankenkasse oder blossen Meldepflichtverletzungen ausgeschafft würden.

Solche Effekte sind nicht etwa Kollateralschäden. Vielmehr stellen sie den eigentlichen Sinn und Zweck des Treibens einer als bürgerliche Partei getarnten Bewegung dar, die den Staat und seine Behörden erst lahmlegen möchte, um sich dann an deren Stelle zu setzen. National- und Ständerat hätten die Initiative für ungültig erklären müssen. Dass sie bei ihrer Beratung im März letzten Jahres stattdessen ihrer eigenen Entmachtung zugestimmt haben, zeigt, dass es höchste Zeit ist für ein breites Bündnis aller Kräfte, die den Rechtsstaat Schweiz verteidigen - über den 28. Februar hinaus.

Daniel Ganzfried.

Work 22.1.2016.

Personen > Ganzfried Daniel. Durchsetzungsinitiative. Work, 22.1.2016